

Perspektiven auf die Transformationszeit 1990-2021

unter Einbezug von Zeitzeug*innen im Geschichtsunterricht
(3 Doppelstunden)

Inhaltsverzeichnis

Fachwissenschaftliche Analyse

I. Die Transformation: Umbrüche in West- und Deutschland (Carsten Arbeiter) **Seite 2**

Die Unterrichtseinheit **Seite 6**

I. Kompetenzerwerb in der gesamten Einheit **Seite 6**

II. Erste Doppelstunde **Seite 8**

1. Kompetenzerwerb in der ersten Doppelstunde **Seite 8**

2. Unterrichtsgestaltung der ersten Doppelstunde **Seite 8**

3. Arbeitsblätter der ersten Doppelstunde **Seite 13**

III. Zweite Doppelstunde **Seite 14**

1. Kompetenzerwerb in der zweiten Doppelstunde **Seite 14**

2. Unterrichtsgestaltung der zweiten Doppelstunde **Seite 14**

3. Arbeitsblätter der zweiten Doppelstunde **Seite 16**

IV. Dritte Doppelstunde **Seite 17**

1. Kompetenzerwerb in der dritten Doppelstunde **Seite 17**

2. Unterrichtsgestaltung der dritten Doppelstunde **Seite 17**

3. Arbeitsblätter der dritten Doppelstunde **Seite 22**

I. Die Transformation: Umbrüche in West- und Deutschland

*Carsten Arbeiter, Fachberater für Geschichte am Zentrum für Schulqualität und
Lehrer*innenbildung Baden-Württemberg*

Die Transformation 1989 bis 2008

Die Zeit nach 1989 waren nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Osteuropa eine einschneidende Erfahrung. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen Osteuropas und der Sowjetunion erfolgte innerhalb weniger Jahre die Umwandlung dieser Länder zu Marktwirtschaften und liberalen Demokratien.¹ Die Transformation nahm ihren Ursprung in Osteuropa, hatte aber starke Auswirkungen auf ganz Europa, weshalb Historiker wie Philipp Ther von einer „Ko-Transformation“ sprechen. Im Folgenden soll skizziert werden, wie sich Transformation auf die Menschen in Ost- und Westdeutschland ausgewirkt hat.

Beginn der Transformation: politische Weichenstellungen 1989/ 90

Schon im November 1989 stand mit Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan die politische Zielrichtung der CDU-geführten Bundesregierung, möglichst rasch die deutsche Wiedervereinigung zu erreichen, fest. Die Volkskammerwahl im März 1990 schien zudem ein klares Signal zu sein, dass die Mehrheit der Ostdeutschen diesen Kurs unterstützte.

Ziel der Bundesregierung war die rasche Durchsetzung der Wiedervereinigung in Form des Beitritts der DDR auf Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes. Kohls Politik war motiviert von der festen Überzeugung der Überlegenheit des westlichen Modells und vom Gespür für den historischen Moment: Nicht zuletzt aufgrund der Schwäche der Sowjetunion schien es möglich, dass eine Wiedervereinigung auch international durchsetzungsfähig war.

Ein weiteres Motiv war der immense Druck aufgrund der Übersiedlungen: Bis zum 9.11.1989 waren 344.000 Ostdeutsche in den Westen gewandert, bis Ende Januar 1990 kamen nochmals 255.000 hinzu, im Januar/ Februar 1990 täglich 2000. Und es waren vor allem junge, gut ausgebildete Ostdeutsche, die nach Westdeutschland zogen.

Um politische Tatsachen zu schaffen und auch um die Abwanderung aus dem Osten abzumildern, drängte die Bundesregierung auf eine rasche Wirtschafts- und Währungsunion. Es waren also primär politische, nicht wirtschaftliche Erwägungen, die das Handeln der Bundesregierung bestimmten.

Die Folgen der Wirtschafts- und Währungsunion

Bereits seit Januar 1990 lancierte die Bundesregierung die Idee einer Währungsunion öffentlich. Damit sprach sie sich bewusst gegen eine Stufenlösungen aus, also eine schrittweise Anpassung der DDR-Wirtschaft über Sonderwirtschaftszonen oder ähnliches. Kohl setzte sich damit auch über Bedenken hinweg, die etwa von Bundesbankchef Karl-Otto Pöhl oder den „Wirtschaftsweisen“ geäußert wurden, die noch Anfang Februar 1990 eine schnelle Währungsunion ablehnten.

Es folgten öffentliche Diskussionen um den Umtauschkurs: Die DDR-Bevölkerung erwartete 1:1, die meisten Experten empfahlen 1:4. Die Bundesregierung entschiedet sich – aus den genannten politischen Motiven und auch in Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl – für 1:1. Die „Wirtschaftsweisen“ warnten: Ein solcher Kurs würde zur Überschüttung des Ostens mit Geld führen, in der Folge zu einem kurzlebigen Konsumrausch, einer unkontrollierbaren Inflation und damit einer Verteuerung der DDR-Produkte. Der Ökonom Ulrich Busch bezeichnete die Währungsunion im Frühjahr 1990 als „Neutronenbombe für die DDR-Wirtschaft.“

¹ Philipp Ther betont, dass es keinen klaren Endpunkt der Transformation gibt. Ein möglicher Endpunkt ist seiner Auffassung nach die Wirtschaftskrise von 2008, die in Europa zunehmend zu einer Infragestellung der neoliberalen Paradigmen führten, die die Wirtschaftspolitik der Transformation prägten. Vgl. Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016, S. 86-89.

Die düsteren Prognosen wurden Wirklichkeit. Der Umtauschkurs 1:1 führte zu einer Währungsaufwertung von 300-400%. Die Folgen: Explosion der Lohn- & Produktionskosten, Wegbrechen traditioneller Absatzmärkte von DDR-Betrieben in Osteuropa und ein kurzlebiger Konsumrausch bis zum September 1990. Schon bald brach die DDR-Wirtschaft massiv ein. Die DDR-Wirtschaftsleistung sank innerhalb weniger Monate um ein Drittel, die Industrieproduktion halbierte sich binnen weniger Wochen und die Arbeitslosigkeit im Osten schoss in die Höhe: Bis Ende 1990 verlor fast ein Drittel der ostdeutschen Werktätigen seinen Job.

Die Auswirkungen der Transformation in Ostdeutschland

Die zentralen Erfahrungen der Ostdeutschen in den 1990er und Nullerjahren waren die Entindustrialisierung der neuen Länder und Arbeitslosigkeit. In Ansätzen vergleichbar ist dies mit den Erfahrungen, die die Westdeutschen während des Strukturwandels in den 1980er Jahren z.B. im Ruhrgebiet machten. Allerdings waren Intensität und Geschwindigkeit des Umbruchs von einer ganz anderen Qualität.

Umso stärker wirkte dieser Umbruch auf die Ostdeutschen, weil sie von der realsozialistischen „Arbeitsgesellschaft DDR“ geprägt waren: Alltagsleben, soziale Sicherheit, Gesundheit, Wohnen, sogar das kulturelle Leben waren aufs engste verbunden mit dem Arbeitsplatz und dem Betrieb. Dieser war in der DDR die zentrale Vergesellschaftungsinstanz: Kinderbetreuung, Ferienfreizeit, Chor, Orchester, Theater, Kantine und Arzt waren betrieblich organisiert. Das bedeutete, dass mit dem Ende des Betriebs sich auch die Sozialstruktur, in die die Menschen im Osten eingebunden waren, auflöste.

In Ostdeutschland lag die Arbeitslosigkeit zwischen 1997 und 2006 bei 18 Prozent. Allein zwischen 1989 und 1991 wurden etwa 2.5 Millionen Ostdeutsche arbeitslos. 1993 besaßen weniger als ein Drittel der Ostdeutschen noch denselben Arbeitsplatz wie vor der Wende. Die Bundesregierung reagierte mit ABM-Maßnahmen: Zwischen Oktober 1990 und Ende 1991 wurden 440.000 staatliche Stellen in Ostdeutschland geschaffen. Zudem wurden großzügige Vorruhestandsregelungen und Kurzarbeit eingeführt. Rund 50 Prozent aller Ostdeutschen zwischen 31 und 65 war 20 Jahre nach der Wiedervereinigung mindestens einmal arbeitslos gewesen. Der Anteil war damit doppelt so hoch wie im Westen. Was das für Menschen bedeutete, die Arbeitslosigkeit bisher bestenfalls als Randphänomen kannten, welche Auswirkungen dies auf Zuversicht und Lebenszufriedenheit hatte, kann man sich vorstellen.

Die Auswirkungen der Transformation in Westdeutschland

Die politischen Entscheidungsträger hofften auf ein schnell einsetzendes zweites deutsches Wirtschaftswunder, doch das kam erst einmal nicht. Stattdessen entstanden massive Folgekosten der deutschen Einheit: Bis 2010 pumpte Deutschland 1500 Milliarden Euro in die Sozialsysteme und die Infrastruktur der neuen Länder. Die Folgekosten trafen Gesamtdeutschland und damit auch den Westen. Kohls Versprechen, dass die Einheit für die Westdeutschen zu keinen Steuererhöhungen führen werde, erwies sich als falsch. Zur Finanzierung der Folgekosten wurde 1991 der Solidaritätszuschlag eingeführt, erst befristet, dann dauerhaft: Er betrug 5.5. Prozent der Einkommens- und Körperschaftssteuer, zudem wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die Benzin- und Tabaksteuer und die Telefongebühren erhöht.

Die BILD-Zeitung griff die Stimmung im Westen auf, als sie am 27.2.1991 von der „Steuerlüge“ sprach und Helmut Kohl als „Umfaller“ bezeichnete: Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1990 hatte er – wider besseres Wissen – versprochen, dass es wegen der Einheit zu keinen Steuererhöhungen kommen würde. Die „Steuerlüge“ und das langjährige Festhalten an dieser hatte negative Auswirkungen auf die politische Glaubwürdigkeit.

Es kam durch die Transformation zu weiteren gravierenden Veränderungen im Westen. Philipp Ther spricht in diesem Zusammenhang von einer Ko-Transformation: Die in Ostdeutschland und -europa angewendeten Instrumente der Deregulierung und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wurden bald in den Westen übertragen. Schröders Sozialreformen von 2000,

betont etwa Steffen Mau, hätten ihren Vorlauf in der DDR gehabt: „Hier findet man die Vorboten der Jobnomaden, Niedriglöhner, Saisonpendlerinnen und Gelegenheitsarbeiter, die heutige Dienstleistungsökonomien auszeichnen.“² Ostdeutschland, betont auch Thomas Großbölting, war ein „Experimentierfeld für Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“.³

Transformation und Ko-Transformation standen zudem im Kontext des neoliberalen Paradigmas. Während die neoliberalen Kernforderungen nach Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung die Wirtschaftspolitik Großbritanniens und der USA seit den frühen 1980ern bestimmten, blieben radikale Veränderungen während der christlich-liberalen Koalition weitgehend aus. Die erfolgten erst unter der Regierung Schröder. Die Transformation in Ostdeutschland und –europa war nicht die einzige Ursache für die Hartz-IV-Reformen und die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Diese lagen auch an der Krise der deutschen Wirtschaft, die im Vergleich mit den deregulierten Ökonomien der USA und Großbritanniens teurer und im ökonomischen Sinn ineffizienter waren. Allerdings erhöhte die Transformation den Druck auf Westdeutschland: Wegen der Kosten der deutschen Einheit UND wegen der im Osten vollzogenen neoliberalen Reformen.

Die neoliberale Transformation führte, ausgehend von Osteuropa und den neuen Ländern, in Deutschland wie in Gesamteuropa zur Abschwächung von Zumutbarkeitsregeln, zur Öffnung der Lohnskala nach unten und zum Rückgang der Tarifverträge: Waren im Westen im Jahr 2014 51 Prozent der Arbeitnehmer in tarifvertraglich geregelten Jobs beschäftigt, waren es in Ostdeutschland nur 36 Prozent. Damit entstand in Ost- wie Westdeutschland die neue Schicht der „working poor“: 2019 verdienten 17,7 Prozent der deutschen Vollzeitbeschäftigten weniger als 2000€ brutto. Im Osten waren es 31,2 Prozent - also ein Drittel der Erwerbstätigen -, im Westen 14,7%.

Was dies für das Leben der Menschen bedeutet, ließ sich nicht erst im Westen der 2000er Jahre, sondern schon im Osten der 1990er beobachten: Neben reguläre, aber befristete Jobs traten ABM-Maßnahmen, Projektstellen, Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder prekäre Selbstständigkeit in Form von Ich-AGs.

Die Arbeit der Treuhandanstalt

Durch den Einigungsvertrag trat die DDR dem Staatsgebiet der BRD bei. Das Wirtschaftssystem der BRD, die soziale Marktwirtschaft, sollte auf die DDR übertragen werden. Um den Übergang von der DDR-Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft durchzuführen, wurde die Treuhandanstalt gegründet. Die Treuhandanstalt war eine staatliche Einrichtung mit der Aufgabe, die staatseigenen Betriebe der DDR zu sanieren, an private Investoren zu verkaufen und – sollte es keine Käufer geben – stillzulegen. Von den insgesamt 8500 DDR-Betrieben wurden etwa 66 Prozent verkauft, 30 Prozent stillgelegt oder aufgelöst und 2,5 Prozent an Städte und Gemeinden übergeben. 80 Prozent der privatisierten DDR-Betriebe wurde von westdeutschen Investoren gekauft und 15% von ausländischen Investoren. Nur 5 Prozent der Betriebe wurde von Ostdeutschen übernommen. Den Ostdeutschen fehlte meist das nötige Kapital und Know-how, um ihre Betriebe selbst zu übernehmen und zu führen.

Der Verkauf der DDR-Betriebe war ein Verlustgeschäft für Deutschland. Einnahmen von rund 40 Milliarden Euro standen Ausgaben von über 166 Milliarden Euro gegenüber. Die hohen Kosten fielen vor allem für die Übernahme alter Unternehmensschulden an sowie für die Beseitigung ökologischer Altlasten und für Sanierungen, um Unternehmen überhaupt verkaufen zu können.

² Vgl. Steffen Mau, Lütten Klein, Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S.150.

³ Vgl. Thomas Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020, S.142.

Ab Februar 1991 setzte der von westdeutschen Managern dominierte Treuhand-Vorstand auf Massenentlassungen, „Kurzarbeit Ost“ und die Schließung bzw. Abwicklung zahlreicher Betriebe. Die Folge waren Massenproteste in Ostdeutschland, die sich zu einer neuen Demonstrationsbewegung auswuchsen. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, Kooperationsstrukturen zwischen Treuhand, Landesregierungen und Gewerkschaften einzuführen, um die den sozialen Frieden bedrohenden Konflikte zu entschärfen. Diese Änderungen waren auch erzwungen durch die Aufdeckung zahlreicher Skandale und Verfehlungen. Auch kritisierte der Bundesrechnungshof Verschwendung innerhalb der Treuhand, etwa in Form von sehr üppiger Bezahlung. Protesthöhe- und Endpunkt waren der Mord an Detlev Carsten Rohwedder am 1.4.1991 und der Brandanschlag auf die Ostberliner Treuhand-Niederlassung.

Eine abschließende Beurteilung der Treuhand ist schwierig, auch weil die Treuhand-Akten bis vor kurzem nicht zugänglich waren. Einerseits wurde die ostdeutsche Wirtschaft in die Marktwirtschaft überführt, andererseits zahlten die Ostdeutschen und die ostdeutsche Wirtschaft einen hohen Preis. Die ehemalige Treuhand-Chefin Birgit Breuel betonte 2019 in einem Interview: „In Westdeutschland wäre es nicht möglich gewesen, den Leuten eine Veränderung dieses Ausmaßes zuzumuten.“⁴ Thomas Großbölting betont, dass die Rettung von industriellen Kernen, ab 1993 als Ziel formuliert, kaum gelungen sei. Dazu kamen extrem hohe öffentliche Kosten, eine steigende Verschuldung, die dann Bund und Länder dazu zwangen, ihr „Tafelsilber“ zu verkaufen.

Auch die Frage nach der Alternativlosigkeit bezüglich des Handels der Bundesregierung und der Treuhandanstalt wird heute kontrovers diskutiert. Klar ist, dass sich darin ein neoliberales Grundverständnis von Wirtschaft und Gesellschaft manifestierte, das 1989/90 von den damaligen Akteuren als „alternativlos“ angesehen wurde. Der Historiker Marcus Böick bezeichnet die Treuhand als „sich selbst radikalisierte Agentin der Privatisierung“.⁵ Dass die sozialen Verwerfungen, die der harte neoliberale Kurs zur Folge hatte, politisch abgemildert wurden, lag an den Protesten der Ostdeutschen 1991/ 92, die sich zu einer neuen Demonstrationsbewegung auswuchsen. Erst daraufhin waren Bundes- und Landesregierungen bereit, sich stärker zu engagieren und auf soziale Abfederungen zu setzen. Der Konstanzer Politikwissenschaftler Wolfgang Seibel sieht die Leistung der Treuhand vor allem auf dem politischen Sektor: Sie neutralisierte das Krisenpotential und agierte als Sündenbock für nichtgehaltene politische Versprechen der Kohl-Regierung.

Viele Ostdeutsche sehen die Treuhand bis heute kritisch. Sie wird von vielen als Instrument zur Zerschlagung der DDR-Wirtschaft, der Verhinderung einer angemessenen Beteiligung der Ostdeutschen an den DDR-Betrieben, der Ausbeutung und Kolonisierung der neuen Länder durch Westkonzerne und –investoren gesehen. Die Treuhand lasse sich, so Thomas Großbölting, als „bad bank“ der ostdeutschen Erinnerung bezeichnen.

Literatur

Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, Göttingen 2018.

Thomas Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.

Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2016.

⁴ Vgl. Großbölting, Wiedervereinigungsgesellschaft, S.107.

⁵ Marcus Böick, Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, Göttingen 2018, S.733.

Die Unterrichtseinheit:
Perspektiven auf die Transformationszeit 1989-2021 unter Einbeziehung von
Zeitzeug*innen der „Generation 1975“⁶

Kompetenzerwerb, Erläuterungen, Materialien

I. Kompetenzerwerb in der gesamten Einheit

1. Bezug zu den inhaltsbezogenen Kompetenzen gemäß BIPLAN 2016⁷

Klasse 9: BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt:

Die Schülerinnen und Schüler können ...

- die Friedliche Revolution und den deutschen Einigungsprozess erläutern und bewerten (Bürgerrechtsbewegung, Fluchtbewegung, Friedliche Revolution, Mauerfall, Zwei-plus-Vier-Vertrag, Deutsche Einheit) (ibK 3.3.2.10)

Klasse 12: West- und Osteuropa nach 1945⁸:

Die Schülerinnen und Schüler können ...

- den Zusammenbruch des Ostblocks erklären (Strukturwandel, Innovationsdefizit, Staatsverschuldung, Rüstungswettlauf, Versorgungskrise, Legitimitätskrise, Entspannungspolitik, Perestroika, Glasnost, Sinatra-Doktrin, Solidarnosc, Bürgerbewegung, Ausreisebewegung, Friedliche Revolution) (ibK 3.4.5.10)
- die deutsche Einheit und den Zusammenbruch der Sowjetunion erklären und deren Folgen bewerten (Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, Zwei-Plus-Vier-Vertrag, Deutsche Einheit, GUS, Transformationsgesellschaft, Oligarch) (ibK 3.4.6.12)

2. Weitere inhaltsbezogene Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können ...

- den Transformationsprozess nach 1990 und seine Auswirkungen auf die Mentalität der West- und Ostdeutschen erläutern und bewerten (Transformation, „Blühende Landschaften“, Treuhandanstalt, Solidaritätszuschlag, „Wendeverlierer“).

(Erweiterung von Carsten Arbeiter & Stefan Schipperges)

⁶ D.h. alle Zeitzeug*innen sind im Jahr 1975 geboren und waren damit beim Fall der Mauer etwa so alt wie die Schülerinnen und Schüler der Klasse 9.

⁷ Vgl.: <http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/GYM/G/PK>

⁸ Die Unterrichtseinheit richtet sich im Reader an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 9, die mit „Du“ angesprochen werden. Konzeptionell lässt sie sich aber auch auf die Jahrgangsstufe 2 übertragen. Die die Unterrichtseinheit begleitenden Materialien sind hierzu stufenspezifisch modifiziert, behalten aber die gleiche Nummerierung.

3. Bezug zu prozessbezogenen Kompetenzen gemäß BIPLAN 2016

3.1. Orientierungskompetenz (pbK 2.4.)

Die Schülerinnen und Schüler können Geschichte als Orientierung nutzen zum Verständnis von Gegenwart und Zukunft, zum Aufbau der eigenen Identität und zur Begründung gegenwarts- und zukunftsbezogener Handlungen.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- das kollektive Gedächtnis, insbesondere unterschiedliche Geschichtsbilder, analysieren und bewerten, auch unter Berücksichtigung ihrer medialen Darstellung (pbK 2.4.2.)
- eigene und fremde Wertorientierungen erklären und überprüfen (pbK 2.4.2.)

3.2. Reflexionskompetenz (pbK 2.3.)

Die Schülerinnen und Schüler können geschichtliche Sachverhalte und Deutungen analysieren, beurteilen und bewerten.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- Deutungen aus verschiedenen Perspektiven erkennen, vergleichen und beurteilen (Dekonstruktion, Multiperspektivität, Kontroversität, Zeit- und Standortgebundenheit), auch unter Berücksichtigung der Geschichtskultur (zum Beispiel TV-Dokumentationen, historische Spielfilme, Museen, Gedenkstätten) (pbK 2.3.5.)

3.3. Methodenkompetenz (pbK 2.2.)

Die Schülerinnen und Schüler können fachspezifische Methoden anwenden.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- unterschiedliche Materialien (insbesondere Texte, Karten, Statistiken, Karikaturen, Plakate, Historien Gemälde, Fotografien, Filme, Zeitzeugenaussagen) auch unter Einbeziehung digitaler Medien kritisch analysieren. (pbK 2.2.2.)

3.4. Fragekompetenz (pbK 2.1.)

Die Schülerinnen und Schüler können historische Fragestellungen und Strategien zu ihrer Beantwortung entwickeln.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- Fragen an die Geschichte formulieren und vorgegebene historische Fragestellungen nachvollziehen (pbK 2.1.1.)
- Hypothesen aufstellen (pbK 2.1.3.).

3.5. Sachkompetenz (pbK 2.5.)

Die Schülerinnen und Schüler können historische Sachverhalte strukturiert erschließen und wiedergeben.

Die Schülerinnen und Schüler können:

- historische Sachverhalte in Raum und Zeit einordnen (pbK 2.5.1)
- Zäsuren und Kontinuitäten benennen und ihre Bedeutung beurteilen (pbK 2.5.2)

II. Erste Doppelstunde

1. Kompetenzerwerb in der ersten Doppelstunde

1.1. Inhaltsbezogene Kompetenzen

Siehe I.1. und I.2.

1.2. Prozessbezogene Kompetenzen

Die SuS können ...

Fragekompetenz:

- Hypothesen aufstellen.
- Fragen an die Geschichte formulieren und vorgegebene historische Fragestellungen nachvollziehen.

Methodenkompetenz:

- Zeitzeugenaussagen kritisch analysieren.

Reflexionskompetenz:

- Deutungen aus verschiedenen Perspektiven erkennen, vergleichen und beurteilen (Deonstruktion, Multiperspektivität, Kontroversität, Zeit- und Standortgebundenheit).

2. Unterrichtsgestaltung

Vorbereitung der Befragung von Zeitzeug*innen zur deutsch-deutschen Vergangenheit

2.1. Überblick zum Stundenverlauf

Arbeitsphase	Thema	Material	Zeit
Einstieg (EA, UG)	Tag der Deutschen Einheit -. Ein Grund zum Feiern? Gemeinsame Überlegungen AA: Mache dir Notizen, was die Bilder und Karikaturen über die deutsche Einheit aussagen. -Sammeln von Eindrücken/ Einschätzungen	Folien mit Bildern, Plakaten, Karikaturen zur Deutschen Einheit	15 min.
Hinführung und Erarbeitung (LI, UG)	Erläuterung Stundenthema: Formulierung Problemfrage: Das wiedervereinigte Deutschland –immer noch ein geteiltes Land? Stundenüberblick: Arbeitsschritte		5 min.
Erarbeitung 1 (PA)	Wie Ost- und Westdeutsche im Jahr 2014/ 2019 die Einheit sehen. Analyse der Umfrageergebnisse. Entwicklung von Thesen, warum Ost- und Westdeutsche die deutsche Einheit unterschiedlich betrachten	AB1	15 min.
Auswertung 1	Thesen festhalten und ordnen.	TA/ Folie	15 min
Überleitung (LI / UG / TA)	Unterrichtsziel für nächste DS: Thesen überprüfen anhand von Zeitzeug*innen. Kurzes Nachdenken über Zeitzeug*innen	TA/ Folie	10 min

Erarbeitung 2 (PA)	Fragen an Zeitzeug*innen entwickeln und notieren, um Thesen zu überprüfen.	Moderationskarten	10 min.
Auswertung 2 (UG)	Lehrkraft sammelt Fragen ein. Gemeinsames Ordnen der Fragen.	4 Plakate im Klassenraum & Karten	20 min.

Abkürzungen:

EA = Einzelarbeit LI = Input der Lehrkraft PA = Partnerarbeit
TA = Tafelanschrieb UG: Unterrichtsgespräch

2.2. Erläuterungen zum Stundenverlauf

Einstieg (EA, UG)

- Lehrkraft zeigt PPT mit Karikaturen, Plakaten und Fotografien zur deutschen Einheit.
- SuS machen sich Notizen, was die Materialien über die deutsche Einheit aussagen.
- Auswerten der Eindrücke und weiterführende Fragen.

Lösungshinweise zum Einstieg

-Erwartbare Schülerantworten: Zunächst Euphorie über Wiedervereinigung, starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit bei Ost- und Westdeutschen; Glaube an rasches Zusammenwachsen; bald zeigen sich aber Unterschiede: Osten wirtschaftlich gegenüber Westen unterlegen; Entwicklung von Vorurteilen geprägt („Jammerossi“, „Besserwessi“).

Weiterführende Impulsfragen mit Lösungshinweisen (je nach Zeithorizont)

- Brandt-Spruch: Warum gehören Ost- und Westdeutschland zusammen? (Gemeinsame Geschichte, gemeinsame Sprache, hier ev. Verweis auf späte Nationalstaatsgründung 1871, historisch „kurze“ Trennung 1945-1990)
- Brandt-Spruch: Warum ist „Zusammenwachsen“ nötig? (40 Jahre Leben in verschiedenen Systemen: Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft versus Diktatur mit staatlicher Kommandowirtschaft)
- Welche Eindrücke habt ihr heute, 30 Jahre später? Ist „zusammengewachsen, was zusammen gehört“? (Immer noch Probleme in neuen Bundesländern: höhere Arbeitslosigkeit, Rechtsextremismus, hohe Wahlergebnisse von AFD/ Linke im Osten. Immer noch Vorurteile gegenüber Ostdeutschen.)
- Welche Fragen stellen sich? (Warum immer noch Unterschiedlichkeit? Wie groß sind die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West? Welche Unterschiede gibt es?)

Zusatzinfo zum berühmten Brandt-Ausspruch

Der berühmte Ausspruch "es wächst zusammen, was zusammengehört" ist Brandt am Tag nach der Maueröffnung (10. November 1989) bei der großen Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus gar nicht über die Lippen gekommen. Der Altkanzler und SPD-Ehrenvorsitzende hat zu den Berlinern gesprochen und vom Zusammenwachsen Europas, nicht Deutschlands gesprochen. Tatsächlich ist der Wortlaut der historischen Aussage in zwei Zeitungsinterviews nachzulesen. Interviews, die vor oder nach der Rede im kleinen Kreis zwischen Tür und Angel geführt wurden. Furore machte der Ausspruch erst mit Verspätung. Richtig populär wurde der Spruch Brandts auf dem Parteitag der Sozialdemokraten im Dezember in Berlin. An der Stirnseite des Saales prangten die Worte in großen Lettern. Sie waren das Motto des Parteitages.

Hinführung (LI)

- a) Gemeinsames Formulieren der Problemfrage (sinngemäß) „Das wiedervereinigte Deutschland – immer noch ein geteiltes Land?“
- b) Überblick über die Stunde und Stundenthema nennen: Perspektiven aus dem Osten und Westen auf die Wiedervereinigung (TA oder ppt)

Erarbeitung 1 (PA)

- a) SuS beschreiben in Partnerarbeit die Materialien zu den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage von 2014 zur Einschätzung der West- und Ostdeutschen zur deutschen Einheit (1.).
- b) SuS sprechen in PA über ihre Einschätzung der Ergebnisse (2.).
- c) (Zusatzaufgabe für die Schnellen) SuS vergleichen in PA die Ergebnisse der Umfrage mit den Materialien des Einstiegs (3.).
- d) SuS bilden in PA Thesen zur Erklärung der unterschiedlichen Einschätzungen (4.).

Lösungshinweise zur Erarbeitung

Aufgabe 1:

- M1: 50 Prozent der Ostdeutschen und ein Drittel der Westdeutschen glauben, dass es noch große Unterschiede zwischen Ost und West gibt; 18 Prozent der Ostdeutschen und 12 Prozent der Westdeutschen glauben, dass es auch in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede zwischen Ost und West geben wird.
- M2: 57 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 18 Prozent der Westdeutschen glauben, dass in der DDR die guten Seiten überwogen, wohingegen nur 40 Prozent der Ostdeutschen, aber 78 Prozent der Westdeutschen glauben, dass in der DDR die schlechten Seiten überwogen.
- M3: Fast 50 Prozent der Ost- und Westdeutschen finden, dass die Gewinne der deutschen Einheit überwiegen. 28 Prozent der Ost- und 20 Prozent der Westdeutschen finden, dass weder Gewinne noch Verluste überwiegen.
- M4: 77% der West-, aber nur 42% der Ostdeutschen glauben, dass die Demokratie, die Deutschland hat, die beste Staatsform ist. 23% der Ost- und 10% der Westdeutschen glauben nicht, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, die beste Staatsform ist.
- M5: Während sich 2019 80% der Westdeutschen als „Deutsch“ und nur 16% als „Westdeutsch“ sehen, sehen sich 36% der Ostdeutschen als „Ostdeutsch“ und nur 59% als „Deutsch“. (Zusatzinfo: Bei den Ostdeutschen fühlten sich 1989/ 90 deutlich mehr Ostdeutsche als „Deutsch“. Erst im Lauf der 1990er Jahre entwickelte sich eine „ostdeutsche“ Identität.)

Aufgabe 2: Individuelle Schülerlösungen.

Aufgabe 3: Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass es noch Unterschiede zwischen Ost und West gibt (M1) und dass sich die Mehrheit der Ostdeutschen noch nicht mit der BRD identifizieren (M5) und die DDR rückblickend positiver bewerten (M2). Eine ähnliche Bilanz bezogen auf die Einheit wird gezogen (M3). Dies deckt sich mit den Karikaturen aus den 1990er Jahren und der von 2009. M3 bringt zum Nachdenken: im Ganzen bilanzieren die Ost- und Westdeutschen die Einheit ähnlich – für die meisten überwiegen die positiven Seiten, im Osten und im Westen.

Aufgabe 4: Siehe 2.4.1. WICHTIG: Es ist nicht zu erwarten, dass so viele Thesen wie unten angegeben von den SuS kommen. Sollten andere oder nur sehr wenige Thesen kommen, ist das nicht schlimm. Möglicherweise entstehen bei Erarbeitung 3 und Auswertung 3 noch weitere Thesen. Wichtiger als die Thesen sind die Fragen, die die SuS in Erarbeitung 3 formulieren.

Auswertung 1 (UG, TA)

- a) SuS beschreiben im UG die Kernaussagen der Materialien M1-M5.
- b) SuS formulieren Einschätzungen und Eindrücke.
- c) (Zusatzaufgabe) SuS vergleichen die Ergebnisse mit den Materialien des Einstiegs.
- d) SuS stellen Thesen zur Erklärung der unterschiedlichen Thesen vor.
- e) Lehrkraft hält die Thesen der SuS fest (PPT 1, Folie).

Mögliches Tafelbild (entspricht Tabelle auf AB1)

Deutschland nach der Einheit: Immer noch ein geteiltes Land?	
Wesentliche Ergebnisse der Befragung	Zu erwartende Thesen
a) Warum glauben 50 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 32 Prozent der Westdeutschen, dass die Unterschiede zwischen West und Ost immer noch relativ groß sind (M1)?	<ul style="list-style-type: none">- Viele Westdeutsche kennen die Situation in Ostdeutschland nicht.-Die Ostdeutschen glauben, dass ihre Situation schlechter ist als die der Westdeutschen.
b) Warum glauben 57 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 18 Prozent der Westdeutschen, dass in der DDR die guten Seiten überwogen (M2)?	<ul style="list-style-type: none">-Viele Ostdeutsche haben immer noch schlechtere Lebensbedingungen als die Westdeutschen.-Es gibt viele Arbeitslose und Arme in Ostdeutschland.-Vielen Ostdeutsche finden das soziale System der BRD ungerecht.-Viele Ostdeutsche haben sich in der DDR wohlfühlt.-Viele Ostdeutsche kamen mit der Wende und den vielen Veränderungen nicht zurecht.
c) Warum ziehen Ost- und Westdeutsche eine ähnliche Bilanz der Einheit (M3)?	<ul style="list-style-type: none">-In Westdeutschland werden die Kosten der Einheit als negativ in Betracht gezogen.-In Ostdeutschland wird der Zugewinn an Freiheit und Konsum als positiv gesehen.
d) Warum halten nur 42 % der Ostdeutschen, dafür aber 77% der Westdeutschen die Demokratie für die beste Staatsform, die es bisher in Deutschland gegeben hat (M4)?	<ul style="list-style-type: none">-Die Demokratie ist vielen Ostdeutschen noch fremd, weil sie vierzig Jahre lang in einer Diktatur gelebt haben.-Viele Ostdeutsche sind enttäuscht, weil sich ihre Lebenssituation gegenüber der DDR nicht verbessert hat.
e) Warum fühlen sich 80% der Westdeutschen in erster Linie als deutsch und 16% als westdeutsch, während sich im Osten nur 59% als deutsch und 36% als ostdeutsch fühlen (M5)?	<ul style="list-style-type: none">-Die Ostdeutschen fühlen sich nicht als gleichwertige Bürger.-Die Ostdeutschen haben seit 1990 ähnliche Erfahrungen gemacht, die anders waren als die der Westdeutschen.-Die Ostdeutschen fühlen sich von den Westdeutschen nicht ernst genommen.

Zwischenfazit (muss nicht notiert werden): West- wie Ostdeutsche sehen immer noch große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Ostdeutschen identifizieren sich nur teilweise mit der BRD. Vom daher gibt es noch Trennendes in Deutschland.

Überleitung und Erarbeitung (L und UG)

- Lehrkraft erläutert Unterrichtsziel für die nächsten beiden Doppelstunden: Die von den SuS aufgestellten Thesen sollen überprüft werden. Dazu sollen in der nächsten Doppelstunde Zeitzeug*inneninterviews ausgewertet werden.
- Lehrkraft und SuS denken über die Definition und das Potenzial von Zeitzeug*innen als Quelle und Darstellung nach.

Mögliches Tafelbild (ppt Folie)

Frage	Erläuterung
1. Was ist eine Zeitzeugin/ ein Zeitzeuge?	Zeitzeug*innen sind Personen, die von bestimmten historischen Ereignissen Auskunft (Zeugnis) geben können, weil sie zu der betreffenden Zeit gelebt haben.
2. Zeitzeug*innen: Quellen oder Darstellungen?	Zeitzeug*innen können beides sein. Sie sind Quellen, weil sie in der Zeit, über die sie Auskünfte geben, gelebt haben. Sie sind Darstellungen, wenn sie rückblickend über die Zeit, in der sie gelebt haben, Auskünfte geben.

Erarbeitung 2 (PA)

- Die Lehrkraft formuliert den nächsten Arbeitsauftrag:
Notiert auf den Moderationskarten ausgehend von euren Thesen mindestens eine Frage an den*die Zeitzeug*in aus dem Osten und aus dem Westen.
- In der Zeit bereitet die Lehrkraft vier Plakate vor und nutzt die Überschriften (1) Leben in der BRD / DDR bis 1989, (2) Friedliche Revolution und Wiedervereinigung, 3) Leben seit 1990, (4) Einheit heute (5) Sonstiges

Auswertung 2 (UG / Plakate)

- a) SuS präsentieren ihre Fragen.
- b) Gemeinsames Sortieren die Fragen nach den vier bereits vorbereiteten Plakaten im Raum. Überschriften: (1) Leben in der BRD / DDR bis 1989, (2) Friedliche Revolution und Wiedervereinigung, 3) Leben seit 1990, (4) Einheit heute (5) Sonstiges.

3. Arbeitsblätter der ersten Doppelstunde

322_ds1_ab1_sek1

322_ds1_ab1_sek2

III. Zweite Doppelstunde mit digitalen Zeitzeug*innen

1. Kompetenzerwerb

1.1. Inhaltsbezogene Kompetenzen

Siehe I.1. und I.2.

1.2. Prozessbezogene Kompetenzen

SuS können

Methodenkompetenz:

- unterschiedliche Materialien (insbesondere [...] Zeitzeug*innenaussagen) auch unter Einbeziehung digitaler Medien kritisch analysieren.

Reflexionskompetenz:

-Deutungen aus verschiedenen Perspektiven erkennen, vergleichen und beurteilen (Dekonstruktion, Multiperspektivität, Kontroversität, Zeit- und Standortgebundenheit).

2. Unterrichtsgestaltung

Zeitzeugeninterview aus West- und Ostperspektiven

2.1. Überblick zum Stundenverlauf

Arbeitsphase	Thema	Material	Zeit
Einstieg (UG)	Vorstellen der Video-Zeitzeug*innen Lehrkraft erläutert Ablauf der Arbeit mit digitalen Zeitzeug*inneninterviews: a) Leben in der DDR bzw. BRD vor 1989 b) Friedliche Revolution und Wiedervereinigung 1989/90 c) Leben nach 1990 d) Einheit heute e) Sonstige Fragen	AB2	10 min.
Erarbeitung 1 (PA)	Gemeinsames Anschauen der beiden Zeitzeugenvideos Möglichkeit 1: jede ca. 25' hintereinander Möglichkeit 2: abwechselnd zu den vier Blöcken (jeweils ca. 6' pro Block) Möglichkeit 3: zwei Erzählblöcke: vor und nach dem Mauerfall (jeweils ca. 12') Video kann bei Nach- und Verständnisfragen immer wieder kurz angehalten werden. SuS notieren Antworten auf AB2a	Videos AB2	70 min.
Abschluss	Blitzlicht der SuS zu den Antworten auf die Fragen und Eindrücken	AB2	10 min.

2.2. Erläuterungen zum Stundenverlauf:

Einstieg

- a) Lehrkraft zeigt Problemfrage und verweist auf Plakate mit Fragen.
- b) Lehrkraft teilt AB2 aus und klärt – falls nötig – die Zuordnung der SuS-Fragen zu den vier Zeitblöcken. Alternative: SuS sehen ihre eigenen Fragen an den Plakaten.

Hinführung (LI)

-Lehrkraft erläutert Vorgehen gemäß AB2 (Fragebogen):

- a) Die Interviews sollen von den SuS in PA jeweils am Stück angesehen werden. Die SuS können zwischendurch stoppen, sich über die Aussage austauschen oder bestimmte Kapitel noch einmal ansehen. (Angleichen: Auch gemeinsames Anschauen digital möglich.)
- b) Währenddessen notieren sie Aussagen, die Antworten auf die Fragen bzw. Thesen geben könnten (AB2).
- c) SuS sprechen über die Zeitzeug*innen, vergleichen und ergänzen ihre Notizen und überprüfen, inwiefern sich die Thesen aus der ersten Doppelstunde bestätigt haben.

Erarbeitung 1 (Partnerarbeit)

im Computerraum mit Kopfhörern: SuS schauen sich zu zweit die beiden Interviews an und notieren Antworten auf dem AB. Sie können die Videos stoppen und sich über das Verständnis austauschen. ODER

Im Klassenraum mit Beamer: SuS schauen sich alle gemeinsam die beiden Videos an. Die Lehrkraft stoppt zwischendurch und gibt den SuS in der PA Zeit, ihre Beobachtungen und Notizen zu vergleichen.

Auswertung 1 (UG, Plenum)

Blitzlicht zu den wesentlichen Ergebnissen im UG: Was hat sich für euch geklärt? Was war besonders eindrücklich? Welche Fragen bleiben offen?

3. Arbeitsblätter der zweiten Doppelstunde

323_ds2_ab2_sek1

323_ds2_ab2_sek2

Deutschland nach der Einheit: Immer noch ein geteiltes Land?

Arbeitsaufträge

1. Schaut euch die Zeitzeug*innen-Interviews an. Macht euch Notizen in der Tabelle.
2. Falls die Zeitzeug*innen Aspekte erwähnen, die nicht zu den Fragen passen, aber zur Klärung unserer Leitfrage beitragen, könnt ihr diese unter „Sonstiges“ notieren.

Aspekt	Ost-Zeitzeugin	West-Zeitzeuge
Leben in der BRD/ DDR bis 1989		
Friedliche Revolution und Wiedervereinigung		
Leben von 1990 bis heute		
Bewertung der deutschen Einheit heute		
Sonstiges		

IV. Dritte Doppelstunde

1. Kompetenzerwerb

1.1. Inhaltsbezogene Kompetenzen

Siehe I.1. und I.2.

1.2. Prozessbezogene Kompetenzen

SuS können

Methodenkompetenz:

- Zeitzeug*innenaussagen unter Einbeziehung digitaler Medien kritisch analysieren.

Reflexionskompetenz:

-Deutungen aus verschiedenen Perspektiven erkennen, vergleichen und beurteilen (Deonstruktion, Multiperspektivität, Kontroversität, Zeit- und Standortgebundenheit).

Orientierungskompetenz:

-eigene und fremde Wertorientierungen erklären und überprüfen.

2. Unterrichtsgestaltung

Überprüfung der Aussagen der Zeitzeug*innen

2.1. Überblick zum Stundenverlauf

Arbeitsphase	Thema	Material	Zeit
Einstieg (UG/TA)	Cartoon „Besserwessi“ und Jammerossi“ Impulsfrage: Stimmt Zuschreibung? -Zusammenstellung wesentlicher Aussagen der Zeitzeug*innen in der letzten Stunde. -Haben sich unsere Thesen bestätigt oder wurden wir überrascht von den Antworten?	Folie Folie	15 min.
Hinführung (LI)	Erläuterung Stundenthema: Überprüfen der Aussagen der Zeitzeug*innen. -Leitfrage: Wie hat sich die Lebenssituation für West- und Ostdeutsche nach 1990 verändert?		5 min.
Erarbeitung 1 (GA)	Gruppenarbeit zur Treuhandanstalt sowie zur Lebenssituation in Ost- und Westdeutschland nach 1990	AB3, AB4	35 min.
Auswertung 1 und Transfer (SV)	1. Zusammentragen der wesentlichen Ergebnisse: Lebenssituation im Osten und Westen auf Grundlage der statistischen Daten? 2. Deutschland 2021 – immer noch ein geteiltes Land? Diskussion der Problemfrage der UE.	AB4	20 min.
Erarbeitung 2 (PA)	Tauscht Euch kurz aus über: -Was habt Ihr von den ZZ*innen gelernt? -Was habt Ihr aus den Statistiken gelernt? -Was sind Vor- und Nachteile von Zeitzeug*innen?	Fragen auf Folie	5 min.
Auswertung 2 (UG/TA)	Diskussion über Bedeutung von Zeitzeug*innen	Folie	10 min.

2.2. Erläuterungen zum Stundenverlauf

Einstieg

- a) Lehrkraft präsentiert Cartoon aus Einstiegs-PPT zu „Jammerossi“ und Besserwessi“.
- b) Impulsfrage: Stimmt die Zuschreibung nach euren Eindrücken aus den Zeitzeug*innen-interviews? Was würden Zeitzeug*innen zu den Cartoons sagen?
- c) Lehrkraft fragt nach weiteren Eindrücken aus Zeitzeug*innengespräch. Z.B. mit Impuls:
 - Besonders beeindruckt hat mich...
 - Besonders interessant fand ich...
 - Folgende Frage habe ich...
- Hier kann es hilfreich sein, den SuS ein bis zwei Minuten Zeit zum Nachdenken zu geben.
- Im UG werden wesentliche Aussagen der Zeitzeug*innen stichwortartig gesammelt und an der Tafel/ am PC fixiert. (nur mündlich)
- Die Aussagen werden mit den von den SuS in der ersten Doppelstunde aufgestellten Thesen verglichen. (besser klären?)

Hinführung

- a) Klären des Stundenthemas: Aussagen der Zeitzeug*innen zur Situation nach 1990 anhand von Statistiken und Darstellungstexten überprüfen.
- b) Leitfrage wird formuliert: Wie hat sich die Lebenssituation für West- und Ostdeutsche nach 1990 verändert?
- c) Die folgenden Arbeitsphasen werden kurz erläutert.

Erarbeitung 1

- Die SuS erhalten AB3 und AB4. AB3 enthält Informationen zur Treuhandanstalt sowie Statistiken zur Lebenssituation der West- und Ostdeutschen in Hinblick auf Arbeitslosigkeit, Einkommen, Lebenszufriedenheit und sozialer Ungleichheit. In AB4 können die SuS ihre Ergebnisse eintragen.
- Kontextwissen: Wahlergebnisse Volkskammerwahlen & Bundestagswahl, Flüchtlingszahlen etc.

Lösungshinweise zu den Aufgaben zu AB4

AUFGABE 1 (M1: Fernsehansprache Kohls): Niemand wird es in der DDR schlechter gehen als vorher; baldige Verwandlung in „blühende Landschaften“; Ängste um den Arbeitsplatz oder soziale Sicherheit werden ernst genommen; keiner muss in der alten BRD auf etwas verzichten; Investition in die gemeinsame Zukunft.

AUFGABE 2 (M2: Text zur Treuhand): Zentrale Aspekte sind hier der massive Verlust von Arbeitsplätzen, die fast vollständige Übernahme der ehemaligen DDR-Betriebe von westdeutschen und ausländischen Investoren (nur 5% durch Ostdeutsche) sowie der Umstand, dass fast ausschließlich Westdeutsche in der Führung der Treuhand saßen.

AUFGABE 3 (Auswertung von Statistiken in arbeitsteiliger(ggf.?) Gruppenarbeit)

-M3 (Arbeitslosigkeit): Statistik zeigt starken Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1990 bis 2005. (Da es in der DDR offiziell keine Arbeitslosigkeit gab, war dies für Ostdeutsche eine elementare neue Erfahrung.) Die Arbeitslosenquote ist im Vergleich zu der in Westdeutschland deutlich höher (maximal über 18 Prozent im Osten gegenüber 10% im Westen), aber auch im Westen steigt die Arbeitslosigkeit in dem Zeitraum. Ab 2005 fällt die Arbeitslosenquote im Westen wie im Osten, wobei sie im Osten stärker fällt als im Westen. 2019 liegt die Arbeitslosenquote mit 6% im Osten und 4 % im Westen nah beieinander.

-M4 (Entwicklung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland): Während das Durchschnittseinkommen in Westdeutschland zwischen 1990 und 2017 nur leicht schwankt, ist das in Ostdeutschland deutlich gestiegen: von 1684€ zwischen 1990 und 1994 und 2306€ zwischen 2010 und 2017. Dabei bleibt das durchschnittliche Ost-Einkommen immer noch hinter dem

im Westen zurück (zwischen 2010 und 2017: 2306 im Osten und 2984 im Westen), allerdings ist der Abstand geringer geworden. Im Westen hat der prozentuale Anteil von Niedrigeinkommen im Untersuchungszeitraum stark zugenommen: Im Westen von 19,9 bis 30,5%. Im Osten ist dieser leicht gefallen (54,3% 1990-1994; 44,4% 2010-2017), hat aber immer noch einen deutlich höheren Anteil als im Westen.

- M5 (Entwicklung Lebenszufriedenheit): Bezüglich der Lebenszufriedenheit wird deutlich, dass diese bezogen auf Westdeutschland relativ stabil und relativ hoch ist (Werte zwischen 7 und 7,4). Bezogen auf Ostdeutschland wird deutlich, dass diese in den Jahren nach der Wende zunächst leicht absank und sich bis 2007 relativ parallel zu der im Westen entwickelte, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau (zwischen 6,0 und 6,5). Seit 2007 gleicht sich die Lebenszufriedenheit zunehmend an (2017: 7,4 im Westen gegenüber 6,8 im Osten).

AUFGABE 4

- Zusatzaufgabe M6 (Einkommensungleichheit in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland): Die Einkommensungleichheit nimmt sowohl in Ost- wie in Westdeutschland zwischen 1991 und 2016 deutlich zu. Die Entwicklung verläuft weitgehend parallel. Allerdings ist die Einkommensungleichheit im Osten geringer als im Westen (1991: 0,205 im Osten und 0,245 im Westen; 2016: 0,264 im Osten und 0,297 im Westen).

AUFGABE 5

- Individuelle Schülerlösungen. Vermutlich erkennen SuS, dass die Skepsis vieler Ostdeutscher gegenüber der Wiedervereinigung mit den schlechteren Wirtschaftsdaten und der Arbeit der Treuhand korreliert. Zu erwarten ist auch, dass die SuS den Zusammenhang zwischen der zunehmenden Akzeptanz des Systems der BRD mit der sich verbessernden Situation erkennen. Vielleicht wird auch ein Zusammenhang zwischen den immer noch bestehenden Sorgen und der Zunahme niedriger Einkommen erkannt.

AUFGABE 5: Individuelle Schülerlösungen.

Auswertung 1 mithilfe von AB4

Deutschland nach der Einheit: Immer noch ein geteiltes Land?

AB4 – die Lebenssituation in Ost- und Westdeutschland seit 1990

Versprechungen von Helmut Kohl (Fernsehansprache, 1.7.1990)

- Niemand wird es in der DDR schlechter gehen als vorher
- Baldige Verwandlung in „blühende Landschaften“
- Ängste um den Arbeitsplatz oder soziale Sicherheit werden ernst genommen
- Keiner muss in der alten BRD auf etwas verzichten
- Wiedervereinigung ist Investition in die gemeinsame Zukunft

Lebenssituation auf Grundlage der statistisch erhobenen Daten

Aspekt	Ostdeutschland	Westdeutschland
Rolle der Treuhand	2,6 Mio Arbeitsplätze gingen verloren. Ein Drittel der Betriebe wurde stillgelegt.	95% der verkauften Betriebe werden von Westdeutschen oder ausländischen Investoren gekauft.
Arbeitslosigkeit	Deutlich höher	Deutlich niedriger
Erwerbseinkommen und Löhne	Deutlich höher, weniger Niedrigeinkommen	Deutlich niedriger, mehr Niedrigeinkommen
Lebenszufriedenheit	Deutlich höhere Lebenszufriedenheit	Deutlich niedrigere Lebenszufriedenheit (wächst und nähert sich an)
Einkommensungleichheit	Steigt, ist höher als im Osten	Steigt, ist niedriger als im Westen (doch im Gesamtvergleich sehr hoch)

Fazit: „Blühende Landschaften“ im Osten?

- Versprechungen wurden nicht eingelöst (Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit).
- Lebenssituation der Ostdeutschen ist immer noch schlechter als die der Westdeutschen.
- Westdeutsche haben wirtschaftlich von der Wiedervereinigung profitiert (Treuhand, Investoren, Beschäftigungszahlen).
- Lebenssituation im Westen hat sich nicht grundlegend verändert.

Fazit „blühende Landschaften“ abmildern: mittelfristig eingelöst. Auch „Treuhand“ weglassen.

Mögliche Impulsfragen zur Beantwortung der Leitfrage:

- Was sagen die beiden Zeitzeug*innen zu der Frage, ob Deutschland 2021 immer noch geteilt ist?
- Was sagt Ihr dazu?

Im Anschluss können Maßnahmen diskutiert werden, wie das Zusammenwachsen beschleunigt werden kann. Hier könnte z.B. der Geschichts- oder Gemeinschaftskundeunterricht erwähnt werden, um den jeweils anderen besser zu verstehen. Auch Schüleraustausch u.ä. könnten genannt werden.

Erarbeitung 2

-Was hat Ihr von den Zeitzeug*innen gelernt? Was habt ihr von den Statistiken und Karikaturen gelernt?

-SuS denken in PA über den Wert von Zeitzeug*innen im Geschichtsunterricht nach.

Auswertung 2

- Was ist wichtiger: Statistik oder Zeitzeug*in? Kann man auf eines verzichten?

Was ist der Wert der Aussage der Zeitzeug*innen?

Mögliche Lösungen

-Vorteile: Zeitzeug*innen haben Zeit unmittelbar erlebt. Zeitzeug*innen sind anschaulich und können emotional berühren. Man kann Rückfragen stellen. Befragt man mehrere Zeitzeug*innen, erhält man unterschiedliche Perspektiven.

-Nachteile: Sie sind nicht immer glaubwürdig: Erinnerungen und Einschätzungen sind subjektiv. Es ist auch möglich, dass sich im Lauf der Zeit ihre Erinnerungen und Haltungen verändern.

3. Arbeitsblätter der dritten Doppelstunde als Screenshots

324_ds3_ab3_sek1

324_ds3_ab3_sek2

325_ds3_ab4_sek1

325_ds3_ab4_sek2

Deutschland nach der Einheit: Immer noch ein geteiltes Land?

AB4 – die Lebenssituation in Ost- und Westdeutschland seit 1990

Versprechungen von Helmut Kohl (Fernsehansprache, 1.7.1990)

--

Lebenssituation auf Grundlage der statistisch erhobenen Daten

Aspekt	Ostdeutschland	Westdeutschland
Rolle der Treuhand		
Arbeitslosigkeit		
Erwerbseinkommen und Löhne		
Lebenszufriedenheit		
Einkommensungleichheit		

Fazit: „Blühende Landschaften“ im Osten?

--